

Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 10/2022

Palermo, 09.06.2022



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 10/2022

Palermo, 09.06.2022

Scirocco [ʃiˈrokko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo im Zeitalter der Pandemie erscheint ab März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus. Scirocco ersetzt das Corona Update Italien.

Politische und soziale Situation

In Tunesien gibt es noch immer keine öffentliche Einrichtung, die sich um die Versorgung, Registrierung und Verwaltung Geflüchteten und Migrant*innen kümmert. Trotz der Übernahme dieser Aufgaben durch den UNHCR ist die Situation für betroffene Personen äußerst prekär. An Mangel rechtlicher diesem Schutzmechanismen für Geflüchtete und Migrant*innen konnte weder die formale Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention, noch die Verabschiedung einer neuen Verfassung, in welcher das Recht auf Asvl verankert politisches und Auslieferung politischer Geflüchteter verboten ist, etwas verändern. Seit Februar dieses Jahres protestieren betroffene Menschen gegen die Schließung von Notunterkünften durch den UNHCR, ihre sofortige Evakuierung in sichere Drittstaaten bessere Lebensbedingungen berichteten bereits in den vorherigen Ausgaben des Sciroccos). Allein zwischen April 2020 und März 2021 wurden mindestens 907 Personen – darunter viele weibliche Geflüchtete aus Westafrika – Opfer von Zwangsarbeit und Sexhandel in Tunesien.

Das italienische Gesundheitsamt bestätigte, dass es **ab dem 1. Juni keine Quarantänepflicht** mehr für Menschen geben soll, die Italien auf dem Seeweg erreichen. Auch der "Grüne Pass" für die Einreise nach Italien sei nicht mehr erforderlich. Damit fällt die Rechtsgrundlage für das System der Quarantäneschiffe weg, welches Migrant*innen und Geflüchtete seit Beginn der Covid-19 Pandemie zur temporären Unterbringung auf den Quarantäneschiffen gezwungen hatte (Dekret Nr. 1287 vom 12.04.2020).



Quarantäneschiff vor Sizilien (2021)

In den letzten Wochen waren nur noch zwei der vormals fünf Quarantäneschiffe aktiv. Die beiden Schiffe werden nun unter anderem als Fähren zwischen Lampedusa und Sizilien eingesetzt, um Migrant*innen in wiedereröffnete Aufnahmezentren der Insel zu bringen, die nun als Covid-Einrichtungen fungieren. Die Entlastung des Hotspots Contrada Imbriacola auf Lampedusa war dringend notwendig. Die humanitäre Lage hat sich aufgrund der starken Überbelegung, der miserablen Arbeitsbedingungen und Verwaltung in den letzten Monaten drastisch verschlechtert. Geflüchtete werden weiterhin gezwungen unwürdigen Bedingungen im Zentrum auszuharren. Doch die Wiedereröffnung der provisorischen Aufnahmezentren als Covid-Zentren für Migrant*innen und Geflüchtete Sizilien nicht auf ist mit einer ernstzunehmenden und nachhaltigen Lösung gleichzusetzen: im letzten Jahr litten betroffene Personen unter der Isolation und den menschunwürdigen Zuständen in Zentren wie z.B. der Villa Sikania in Siculiana (Provinz Agrigento) und versuchten regelmäßig, zu fliehen – zuletzt am 29. Mai, als 27 Personen durch ein Fenster entkamen. 2020 starb ein junger Mann sogar bei dem Versuch, aus der Villa Sikania zu entkommen.



Transborder-Camp Ventimiglia (2021)

In Ventimiglia soll ständiges ein Aufnahmezentrum für Geflüchtete eingerichtet werden. nachdem Übergangsaufnahmezentrum in Parco Roya vor zwei Jahren geschlossen wurde. Dies wurde auf einer Sitzung in der Präfektur von Imperia beschlossen. Das neue Zentrum wird in die Ortschaft Mortola verlegt. Der Bürgermeister Scullino hingegen fordert weiterhin, anstatt eines Aufnahmezentrums den Transport zu nahegelegenen Rückführungszentren zu organisieren. Seiner Meinung nach möchten die Menschen in Ventimiglia nicht bleiben, sollten aber auch von einer irregulären Weiterreise abgehalten werden. Die Bemühungen der Präfektur, einen ständigen sicheren Ort für Geflüchtete zu schaffen und nicht auf die Forderungen des Bürgermeisters einzugehen, sind zwar zu begrüßen, es muss jedoch sichergestellt sein, dass die Menschen selbst über ihren Aufenthaltsort bestimmen können.

In Mailand möchte die Stadtverwaltung ein Gebäude räumen und als Gotteshaus nutzen, in welchem seit fünf Jahren zwischen 25 und 40 Menschen aus aller Welt leben. Diese Menschen arbeiten zwar, teilweise sogar mit unbefristeten Verträgen, finden aber aus unterschiedlichen Gründen keine Unterkunft. "Es ist nicht nur unser Zuhause" - erklären sie in einem Flyer, auf Italienisch und Arabisch – "es ist der Ort, an dem wir beten und über unsere Herkunftsländer sprechen, über die Kriege, die Hungersnöte und die Wirtschaftskrisen, die uns zur Flucht haben." getrieben Das von Bewohner*innen selbst renovierte Gebäude wurde bereits Ende Mai versteigert. Gemeinsam mit dem Kollektiv "Ci siamo" haben die derzeit 25 Bewohner*innen gegen ihre Räumung zu begonnen, **protestieren** – die Stadtverwaltung zeigt sich jedoch kaum interessiert und kooperativ.

Derzeit wird in Südsizilien ein Fall der Unterschlagung von Geldern im Zuge der Unterbringung von Geflüchteten verhandelt. Unter Anklage steht die Verwaltung einer ehemaligen Unterkunft für Geflüchtete in Manfria, welche inzwischen verlassen und durch mehrere Brände zerstört wurde. Veruntreuung von Ministerialgeldern sowie Arbeitsausbeutung von Gästen und Mitarbeitenden sind die Vorwürfe. Es wurden zudem Fälle von "caporalato" (Zwangsarbeit) bekannt. Das Essen für die Geflüchteten sei rationiert und nicht genießbar gewesen, aber auch die generellen Lebensumstände in der Unterkunft, heißt es in der Anklage weiter, seien nicht tragbar gewesen. Seit Jahren versuchen Betreiber*innen, an der Unterbringung von Geflüchteten zu profitieren. Hierfür reichen sie die preiswertesten Angebote ein, die jedoch nicht einmal das Wenige einhalten, was sie versprechen. Seit der Kürzung der Mittel für die Zentren mit dem Sicherheitsdekret von 2018 sind nicht nur sämtliche Leistungen, die über Nahrung und ein Bett hinausgehen, gestrichen worden, auch die Lebensumstände in den Zentren, in denen die Bewohner*innen vielfach auf sich allein gestellt sind, entsprechen nicht den erforderlichen Mindeststandards. Mangelnde Hilfe bei Krankheiten und Traumatisierung, ungenießbares Essen, Arbeitsausbeutung sowie das Fehlen von Hilfe bei der Bewältigung von Asylverfahren stehen an der Tagesordnung.

Situation der Geflüchteten

Nach knapp fünf Jahren wurde die Anklage gegen Pater Moses Zerai – einen eritreischen Priester, der 2015 für den Friedensnobelpreis nominiert war und sich in der humanitären Hilfe für Geflüchtete engagiert - wegen Beihilfe zur unerlaubten Einreise endlich fallen gelassen. Der 47-jährige dem Skalabriner-Orden angehörige Eritreer aus Asmara floh 1992 selbst nach Rom, wo er einige Jahre später die NGO Habeshia zur Integration von Einwander*innen aus Ostafrika gründete und sich dem Priestertum zuwandte. Pater Moses Zerai fand gemeinsam mit dutzenden anderen Fällen auch im Fall der Iuventa Erwähnung (wir berichteten hier).

Ebenfalls freigesprochen vom Vorwurf der Beihilfe zur unerlaubten Einreise wurden vier Eritreer, welche ihren Landsleuten auf dem italienischen Festland geholfen hatten. Ihr Fall wurde nun in letzter Instanz vor dem höchsten italienischen Gericht, dem Kassationsgericht in Rom, verhandelt. Dieser Freispruch stellt einen wichtigen Präzedenzfall für ähnliche Anklagen gegen Geflüchtete und Migrant*innen in Italien, die einer starken Repressions-Kriminalisierungswelle betroffen sind, dar. Auch das Urteil im Fall des italienischen Versorgungsschiffes Vos Thalassa hat gezeigt, dass der Widerstand gegen die Rückführung nach Libyen, welches gemäß der Einschätzung des Gerichts als kein sicheres Drittland gilt, als Akt der Selbstverteidigung angesehen werden kann.



Vos Thalassa bei Ankuft im sicheren Hafen (2018) – Foto: Alberto Biondo

Die Ankünfte in der Region Kalabrien halten an, doch noch immer sind keine Unterbringungsmöglichkeiten für ankommende Migrant*innen gefunden worden. Aufgrund der angespannten Reggio Situation muss in Calabria eine Sportanlage beispielsweise vorübergehende Unterkunft genutzt werden - zu Ungunsten der lokalen Sportvereine, die auf Alternativen angewiesen sind. Seit letztem Jahr steht der Bau duzender Wohnmodule aus, die gemeinsam mit der Errichtung einer Zeltstruktur vorübergehend für Entspannung in der Aufnahme sorgen würden.

Im benachbarten Roccella Jonica wird ebenfalls über Möglichkeiten diskutiert, die Anlandungen der kommenden Monate zu organisieren. Innenministerin Luciana Lamorgese hat diesbezüglich an einer Sitzung des Provinzialausschusses für öffentliche Ordnung und Sicherheit teilgenommen und gemeinsam mit dem Bürgermeister Vittorio Zito, dem Präfekten von Reggio Calabria sowie der Leiterin der

Abteilung für Immigration die **Eröffnung** eines neuen Hotsport-Zentrums besprochen. Hotspots sind jedoch keine angemessene Unterbringungs- oder Aufnahmeeinichtung oder gar eine Alternative zur Möglichkeit der freien Wahl eines Ortes für Ankommende, wie die zahlreichen Zeugnisse von Betroffenen und Menschenrechtsorganisationen belegen.



Hotspot-Zentrum auf Lampedusa (2012)

Auch sicherte Lamorgese den besonders stark frequentierten Gemeinden finanzielle und strukturelle Unterstützung bei der Aufnahme von Migrant*innen und Geflüchteten zu. Sie kündigte an, auf dem nächsten Treffen der EU-Mittelmeerländer einen neuen Pakt zu Einwanderung und Asyl auszuarbeiten, welcher Verantwortung und Solidarität in den Mittelpunkt stelle und Verteilungsschlüssel einen für Migrant*innen auf europäischer Ebene beinhalte. Die verbindliche Umsetzung eines solchen Verteilungsschlüssels fordert Italien schon seit Jahren, doch dieses Vorhaben scheiterte bisher jedoch vor allem an den sog. Visegrád-Staaten, die durch den Krieg in der Ukraine nun selbst mit der Koordination und Aufnahme vieler Menschen konfrontiert sind.

Zum Todesfall von Blessing Matthew

In Frankreich fordern zwei Anwält*innen die Wiederaufnahme der Ermittlungen der damals zwanzigjährigen Blessing Matthew. Am 7. Mai 2018 ertrank die junge Nigerianerin am frühen Morgen in der Durance in der Nähe von Briançon an der franko-italienischen Grenze auf der Flucht vor französischen Grenzbeamt*innen. In der Vergangenheit haben viele Menschen den gefährlichen Weg über die Alpen gewählt, um von Italien nach Frankreich zu gelangen. Die Ermittlungen der Gendarmerie wurden im Februar 2021 in zweiter Instanz eingestellt, obwohl die Schwester der Verstorbenen sowie der Verein Tous migrants aus Briançon von Anfang an aufgrund von Zeugenaussagen eine Beteiligung der Ordnungskräfte an Blessings Tod vermuteten. Doch die Anzeige der Schwester blieb erfolglos. Nun haben Mitglieder der NGO Border Forensics eine neue Zeugenaussage eines Reisebegleiters von Blessing in der Nacht ihres Todes gesichert. Die neue Aussage widerspricht der Aussage der Polizist*innen, die an jenem Abend Blessing Matthew weder erkannt, noch verfolgt haben sollen. Dem Zeugen zufolge gab es sehr wohl eine Verfolgungsjagd, die in einer körperlichen Auseinandersetzung endete, ehe Blessing ins Wasser fiel. Der Ertrinkenden wurde nicht geholfen. Nach Angaben von Charles Heller, Co-Direktor von Border Forensics, sind solche Verfolgungsmethoden in der Region eine gängige Praxis der Grenzpolizei. Blessing war die erste aber leider nicht die letzte Person, die der gefährlichen Grenzpolitik der EU in den Hautes-Alpes zum Opfer fiel. Nach ihr sollten an dieser Grenze noch diverse weitere Menschen auf ihrer Flucht nach Europa sterben.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie in unserem Steiflicht Italien und in den vorherigen Ausgaben des Sciroccos auf unserer Homepage.

Hinweis an die Leser*innen unseres Streiflichts: Unser Streiflicht Italien wird ab diesem Jahr nur noch zwei Mal und in einer neuen Aufmachung erscheinen!

Kontakt

borderline-europe

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

https://www.borderline-europe.de/ italia@borderline-europe.de